

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge, schützt vor Inflation und schafft Sachwerte für kommende Generationen. Eigentumsbildung muss daher auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Mehr Wohnungsbau und mehr Eigentümer entlasten zudem den Wohnungsmarkt insgesamt, das kommt auch den Mieterinnen und Mietern zugute. Die Aufgabe einer verantwortungsvollen Bundesregierung wäre es, den Traum von den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Bundesregierung tut allerdings das Gegenteil:

Am 24. Januar 2022 stoppt die Bundesregierung vorzeitig und ohne Vorwarnung die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Sie entzieht so Bauherren – Familien, Kommunen und Unternehmen – die Finanzierungsgrundlage. Am 15. April 2022 erklärt Bundesbauministerin Klara Geywitz den Bau von neuen Einfamilienhäusern für „ökonomisch und ökologisch unsinnig“ (taz, 15.04.2022). Am 20. April 2022 wird die KfW-Förderung nur für den Standard EH40 nach monatelangem Förderstopp wieder angeboten, allerdings mit halbierten Fördersätzen, befristet und in der Höhe gedeckelt. Der Fördertopf ist bereits nach wenigen Stunden ausgeschöpft, tausende Bauherren gehen erneut leer aus. Auch der Haushaltsentwurf der Bundesregierung enthält keinerlei eigene Ansätze zur Wohneigentumsförderung. Dafür ist absehbar, dass die Mittel für das erfolgreiche Förderprogramm Baukindergeld nicht ausreichen werden.

Damit untergräbt die Bundesregierung Planungs- und Investitionssicherheit und erschüttert erneut das Vertrauen unzähliger Bauherren. Das selbstgesteckte Ziel von 1,6 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode rückt so in weite Ferne. Zudem konterkariert die Bundesregierung so die gesamtgesellschaftlichen Ziele für Klimaschutz, den Neubau bezahlbaren Wohnraums und die Eigentumsbildung auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Auch für Mieterinnen und Mieter hat dieses Agieren fatale Konsequenzen, weil zu wenig Wohnraum zwangsläufig zu steigenden Mieten führt. Deshalb brauchen wir eine Neuorientierung und verlässliche Rahmenbedingungen, die Planungs- und Investitionssicherheit für alle Bauwilligen sicherstellt und mehr Eigentumsbildung ermöglicht.

Darüber hinaus braucht es entschlossene Maßnahmen gegen die rasant steigenden Baukosten. Kostentreibende Vorschriften müssen radikal entschlackt, Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt und digitalisiert sowie steuerliche Entlastungen bei Bauleistungen geprüft werden.

Mehr Wohnungsbau gibt es nur mit mehr Bauland. Gemeinsam mit den Kommunen müssen Lösungen erarbeitet werden, um mehr Bauland insbesondere auf Brach- und Konversionsflächen zu gewinnen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. Planungssicherheit und Klimaschutz für den Bau von Wohnimmobilien und Eigentumsbildung durch eine verlässliche, auskömmliche und nachhaltige Förderung von energieeffizientem Neubau zu schaffen;
  2. den Ländern zu ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 EUR pro Erwachsenen und 150.000 EUR pro Kind einzuführen;
  3. die Bereitstellung des Baukindergeldes für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherzustellen, um Familien nicht eine wesentliche Grundlage der Finanzierung ihres Wohneigentums zu entziehen;
  4. den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen zu fördern – hierzu sollen das KfW-Wohneigentumsprogramm ausgeweitet und staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle entwickelt werden, die Kriterien wie die Anzahl der Kinder, Einkommensverhältnisse sowie Gestaltungsmerkmale wie flexible Grundrisse und Quadratmeterverbrauch pro Kopf berücksichtigen;
  5. den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum im Bestand mit dem Programm „Jung kauft Alt“ zu fördern und dabei notwendige Investitionsmaßnahmen für klimagerechte Modernisierung und Sanierung zu berücksichtigen;
  6. den altersgerechten Umbau von Wohnungen weiter zu fördern, damit Menschen möglichst lange in ihren angestammten vier Wänden bleiben können;
  7. eine auf vier Jahre befristete fünfprozentige Sonderabschreibung für energieeffiziente Wohngebäude (ab Standard EH55), deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten maximal 4.000 Euro pro Quadratmeter betragen, einzuführen;
  8. der Baukostenexplosion entgegenzuwirken, indem kostentreibende bauliche und genehmigungsrechtliche Anforderungen gesenkt und steuerliche Entlastungen geprüft werden;
  9. gemeinsam mit den Kommunen eine Initiative zur Baulandgewinnung insbesondere auf Brach- und Konversionsflächen zu entwickeln, um dem Mangel an Bauland entgegenzuwirken.

Berlin, den 17. Mai 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**